

# Fusion: Was passiert mit Strassennamen?

**STADTREGION** In Sachen Fusion werden auch die emotionalen Aspekte untersucht. Die SVP verlangt derweil, das Projekt zu sistieren.

CHRISTIAN BERTSCHI  
christian.bertschi@neue-lz.ch

Angenommen, die Bürger der Gemeinden Adligenswil, Ebikon, Emmen, Kriens und Luzern stimmen dereinst einer Fusion zu: In der neuen Stadt gäbe es drei Bahnhofstrassen (Luzern, Emmen, Ebikon) oder gar fünf Luzernerstrassen (Kriens, Ebikon, Adligenswil, Emmen, Littau). Welche Strassen müssten ihren Namen ändern, welche dürfte ihn behalten?



«Das kann ins Geld gehen.»

MAX SIEGRIST, EMMEN

spiel ein Strassenname geändert, muss eine Firma Briefpapier und Visitenkarten neu drucken. Das kann ganz schön ins Geld gehen», sagt Siegrist.

Die Spezialgruppe konnte in den Fachgruppen ihre Bemerkungen vorbringen. «Mit einer gewissen Genugtuung haben wir festgestellt, dass unsere Anliegen Eingang in ihre Berichte gefunden haben», sagt Siegrist. In jeder Gemeinde seien diese Anliegen wieder etwas anders. «Die Bevölkerung in Adligenswil setzt sich anders zusammen als in Emmen. Die Identifizierung der Krienser mit ihrer Gemeinde mag grösser sein als in einer anderen Agglomerationsgemeinde», sagt Siegrist. Auf diese Eigenheiten gelte es einzugehen. Denn ob ein Schulhaus im Quartier erhalten bleibe, sei für viele wichtiger als die Höhe des Steuerfusses.

Auch bei der Projektleitung weiss man um die Wichtigkeit der emotionalen Komponente. Projektleiter Christian Sauter sagte anlässlich der Präsentation der Berichte: «Die Nähe zu den Institutionen ist wichtig. Das kann man mit Bürgerbüros oder mit dem Erhalten des Quartierlebens erreichen.»

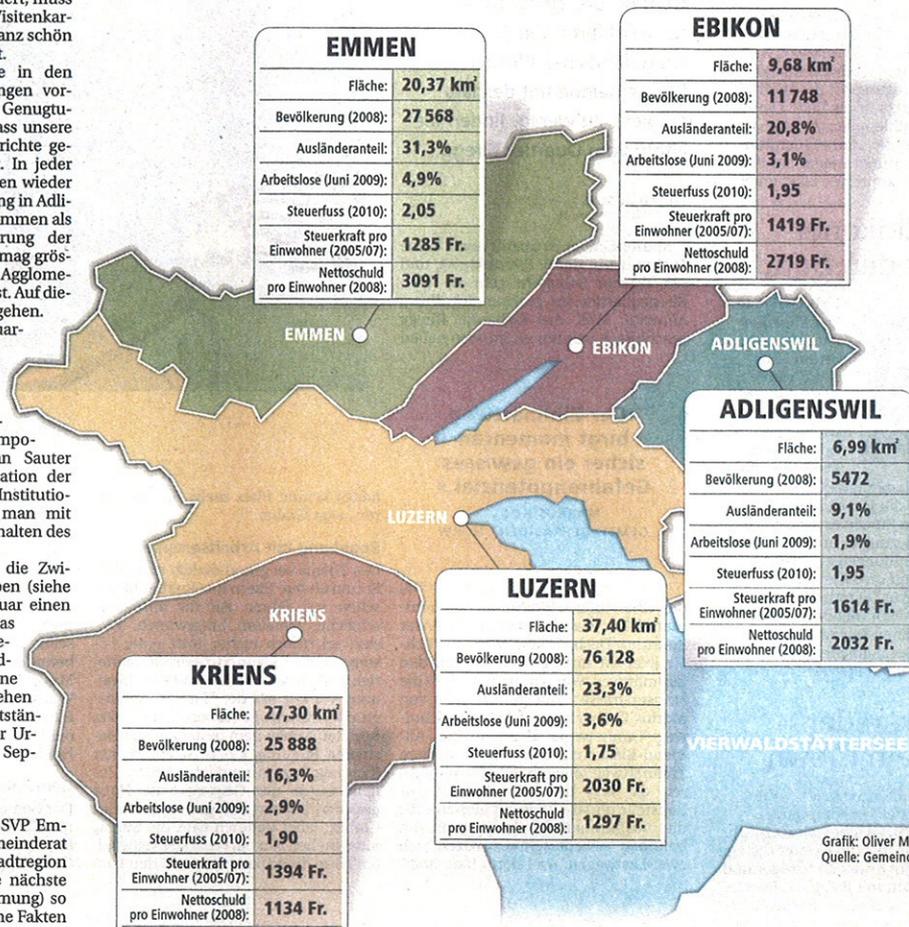
Die Fachgruppen, welche die Zwischenberichte formuliert haben (siehe Kasten), werden bis im Februar einen Schlussbericht verfassen. Das weitere Vorgehen, ob die Gemeinden in Fusionsverhandlungen eintreten wollen, eine verstärkte Kooperation angehen oder den heutigen Weg selbstständig weitergehen, soll an einer Urnenabstimmung im nächsten September geklärt werden.

**SVP: «Projekt sistieren»**

Dagegen wehrt sich nun die SVP Emmen. «Wir fordern den Gemeinderat auf, das Projekt Starke Stadtregion Luzern (und somit auch die nächste geplante kommunale Abstimmung) so lange zu sistieren, bis sämtliche Fakten bekannt sind», heisst es in einer Motion. Insbesondere müsse abgewartet werden, bis rechtskräftig beschlossen sei, ob ein Kantonsbeitrag an die allfällige Fusion in der Stadtregion Luzern zur Verfügung stehe oder nicht.

**Neues Briefpapier drucken**

Solche Fragen beschäftigen die Leute ebenso wie die «harten Fakten» (siehe Grafik). Davon ist Max Siegrist überzeugt. Der ehemalige Emmer Rektor hat das Projekt «Starke Stadtregion» in einer speziellen Gruppe begleitet. Mit je zwei Mitgliedern aus allen beteiligten Gemeinden hat Siegrist den Fokus auf die sogenannten weichen Faktoren gelegt. «Man muss auch daran denken, was jedem einzelnen Bürger besonders am Herzen liegt. Und das ist sein Quartier, sein Verein, sein Naherholungsgebiet», sagt Siegrist. Das könne bei einer Fusionsabstimmung viel wichtiger sein als verwaltungstechnische Optimierungen. «Wird zum Bei-



Grafik: Oliver Marx  
Quelle: Gemeinden

Fünf sehr unterschiedliche Gemeinden sind am Projekt «Starke Stadtregion» beteiligt. Die Kennzahlen.

## Fusion oder Kooperation – hier liegen die Unterschiede

Die Zwischenberichte der einzelnen Fachgruppen des Projekts «Starke Stadtregion» zeigen: Bei manchen Punkten gäbe es keinen Unterschied zwischen einer Fusion und einer Kooperation. Doch bei anderen Punkten sind die Unterschiede gross.

**Spitex**

Ob Fusion oder Zusammenarbeit: Die Bereiche Spitex und Alterswesen sollen zusammengelegt werden. Dies schlägt die Fachgruppe vor, die sich mit den Bereichen soziale Wohlfahrt und Gesundheit befasst hat. Die Aufgaben der Spitex sollen dabei an eine private Organisation (zum Beispiel an einen Verein) übertragen werden. Dadurch könnte der Bedarf an neuen Heimplätzen gesenkt und die Leistungen könnten effizienter erbracht werden. Die Fachgruppe geht insgesamt von einem gleich hohen Personalbedarf aus wie

heute. Die Organisation wäre bei einer Fusion und Kooperation identisch.

**Feuerwehr**

Wer löscht nach einer Fusion? Die Fachgruppe schlägt ein zentrales Kommando und das Beibehalten des Milizsystems vor. Allerdings müssten auch die heutigen Standorte weitergeführt werden, um die Richtzeiten für Einsätze einzuhalten. Beim Modell Kooperation würde die Organisation auf Gemeindeebene belassen, allerdings könnte man sich vorstellen, die Beschaffung von Material oder den Unterhalt einheitlich zu regeln. Im Polizeiwesen gäbe es sowohl bei einer Kooperation als auch bei einer Fusion keine Änderungen, da die Stadt- mit der Kantonspolizei bereits auf dieses Jahr hin fusioniert hat.

**Bildung**

Das Schulangebot in den Quartieren

muss und kann auch bei einer Fusion erhalten werden. Dies sagt die Fachgruppe, die sich mit Bildungs-, Kultur- und Freizeitthemen auseinandergesetzt hat. «Die Aufgaben im Bereich Volksschule, Musikschule sowie bei den Betreuungen wie Mittagstisch können mit einer Fusion besser erfüllt werden als im Status quo», so das Fazit. Weil die Aufgaben aus einer Hand erbracht werden können, könne bei ähnlichem Aufwand für Schüler und Eltern ein erheblich grösserer Nutzen versprochen werden. Bei einer verstärkten Kooperation, so die Befürchtung der Fachgruppe, könnte das Einsparungspotenzial bei der Schulleitung und bei zentralen Diensten nicht ausgenutzt werden.

**Parlament**

Bei einer Kooperation müsste für den neuen Mehrzweck-Gemeindeverband

das Instrument einer Delegiertenversammlung geschaffen werden. Die Mitsprache durch die Bevölkerung ist gering. Allerdings behält das Volk in jeder Gemeinde die heutigen Rechte bei der demokratischen Mitwirkung (Gemeindeversammlung, Urnenabstimmung, Parlament). Bei einer Fusion würde ein Parlament mit 60 Mitgliedern gebildet. Die Fachgruppe Politische Strukturen schlägt ein Proporzverfahren mit fünf Wahlkreisen vor. Die Wahlkreise würden gleich gross sein und nicht mit den heutigen Gemeindegrenzen übereinstimmen. Die Exekutive (Stadtrat) würde aus fünf Mitgliedern bestehen, die in einem Wahlkreis im Majorzverfahren gewählt würden.

**Finanzen**

Die Gemeinden legen die Höhe des Steuerfusses selbst fest. Im Moment liegt die Spannweite zwischen 1,75

(Luzern) und 2,05 Einheiten (Emmen). Bei einer verstärkten Kooperation würden diese Steuerfüsse individuell festgelegt und wohl nur geringfügig angepasst. Bei einer Fusion würde für die ganze Stadtregion der Steuerfuss auf 1,75 Einheiten gesenkt. Will heissen: Wer heute nicht in der Stadt Luzern wohnt, würde von einer massiven Steuersenkung profitieren. Die Einbussen an Steuereinnahmen beziffert die Fachgruppe Steuern und Finanzen auf rund 22,4 Millionen Franken. Demgegenüber erwartet die Gruppe Synergiegewinne in der Höhe von 5,2 Millionen Franken. Unter dem Strich würde eine Fusion jährlich wohl 19 Millionen Franken kosten, wobei die meisten Einwohner von einem besseren Leistungsangebot profitieren könnten.

CHRISTIAN BERTSCHI  
christian.bertschi@neue-lz.ch